

Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und
Friedensforschung

Nr. 47

Alexander De Juan

**Vom aggregierten und extrapolierten Weltfrieden
– Plädoyer für einen integrierten Ansatz
des demokratischen Friedens**

Abteilung für Internationale Beziehungen/
Friedens- und Konfliktforschung
Institut für Politikwissenschaft
Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Adresse: Melanchthonstr. 36. D-72074 Tübingen

Telefon: +49 (0)7071 29-78372

Fax: +49 (0)7071 29-2417

Homepage: <http://www.uni-tuebingen.de/ib>

Copyright: Alexander de Juan

Tübingen 2006

ISBN 3-927604-44-5

Herausgeber: Andreas Hasenclever, Volker Rittberger

Redaktion: Malte Firlus

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Dyadische Erklärungsansätze	3
	2.1. Der Weg zum Weltfrieden	7
	2.2. Erklärungskraft im Hinblick auf das systemische Gewaltniveau	10
3.	Systemische Ansätze	12
	3.1. Der Weg zum Weltfrieden	15
	3.2. Erklärungskraft im Hinblick auf das systemische Gewaltniveau	17
4.	Elemente eines integrierten Ansatzes	18
5.	Zusammenfassung	22
	Literaturverzeichnis	25

1. Einleitung

Außer auf Seiten weniger hartnäckiger Zweifler ist es nach einer Vielzahl empirischer Untersuchungen zu einer allgemein anerkannten Wahrheit geworden: Demokratische Staaten führen Kriege gegen Staaten fremden Regimetyps, nicht aber gegeneinander. So akzeptiert dieser dyadische Befund des demokratischen Friedens ist, so wenig geklärt ist eine entscheidende Frage, die sich unmittelbar aus dieser Erkenntnis ergibt: Ist damit eine demokratischere Welt auch zwangsläufig eine friedlichere Welt?

Wenig deutet auf eine baldige Beendigung oder Umkehrung des weltweiten Demokratisierungstrends hin. Nicht erst im Lichte aktueller Ereignisse entfaltet dabei die Frage nach den Folgen dieser Entwicklung auch realpolitische Bedeutung. Ein wissenschaftlich untermauerter negativer Effekt auf die Anzahl weltweit geführter Kriege könnte als schwerwiegendes Argument für demokratische Kreuzzüge im Namen eines globalen Friedens zum Nutzen aller missbraucht werden.

Eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten hat sich mit dieser Thematik beschäftigt.¹ In nahezu allen empirischen Studien konnte ein negativer Zusammenhang zwischen dem Anteil, der Anzahl oder dem Einfluss demokratischer Staaten im internationalen System - dem *Grad globaler Demokratisierung* - und der Summe aller weltweit gewaltsam ausgetragenen Konflikte - dem *systemischen Gewaltniveau* - konstatiert werden. Gleichzeitig bleiben die bestehenden Konzeptualisierungen der zugrunde liegenden Wirkungsmechanismen sowie die daraus abgeleiteten Extrapolationen in eine „demokratische Zukunft“ umstritten. Grundsätzlich lassen sich in diesem Zusammenhang zwei verschiedene Erklärungsansätze unterscheiden.²

Die erste Variante führt die friedensfördernde Wirkung zunehmender globaler Demokratisierung auf die Natur interdemokratischer Beziehungen zurück und situiert damit den erklärenden Faktor bzw. die unabhängige Variable auf der dyadischen

¹ z.B. Maoz/Abdolali (1989); Gleditsch/Hegre (1997); Mitchell/Gates/Hegre (1999); Oneal/Russett (1999), Mitchell/Kadera/Crescenzi (2005).

² Eine dritte Variante bezieht sich auf die Natur der Demokratie selbst. Auf einen solchen monadischen Ansatz wird jedoch aufgrund der mangelnden empirischen Unterstützung der zugrundeliegenden Annahme, dass Demokratien grundsätzlich friedlicher agieren als andere Regimetypen, nicht näher eingegangen.

Ebene. Ausgangspunkt bildet der Befund, dass Demokratien keine Kriege gegen ihresgleichen führen. Zur Erklärung des systemischen Gewaltniveaus wird dieser Ansatz unter weitestgehender Vernachlässigung systemischer Elemente zu folgender These aggregiert: Wenn demokratische Staaten keine Kriege untereinander führen, nimmt die Anzahl der weltweit geführten Kriege mit zunehmender Anzahl demokratischer Staaten ab. Der "befriedende Effekt" der Demokratisierung wird somit auf den Ersatz friedensgefährdender Autokratien und Anokratien durch friedensfördernde Demokratien zurückgeführt. Mit der Demokratisierung des letzten nichtdemokratischen Staates wäre somit hypothetisch ein weltweiter demokratischer Frieden realisiert.³

Während die erste Variante in einer bloßen Aggregation des dyadischen Ansatzes des demokratischen Friedens besteht, beruht die zweite Variante auf der Konzeptualisierung eines genuin systemischen Ansatzes, welcher den Grad globaler Demokratisierung als Quelle der Beeinflussung des systemischen Gewaltniveaus modelliert. Im Gegensatz zur ersten Variante wird somit der erklärende Faktor auf der systemischen Ebene situiert. Die grundlegende Annahme ist, dass das auswärtige Verhalten von Demokratien und Autokratien durch den relativen Anteil demokratischer Staaten im internationalen System beeinflusst wird. Anders formuliert: In einem internationalen System, das überwiegend aus demokratischen Staaten besteht, verhalten sich Demokratien und Autokratien friedlicher gegenüber anderen Staaten als in einem System, in dem Demokratien weniger stark vertreten sind. Als entscheidender Wirkungsfaktor wird die zunehmende internationale Implementierung demokratischer Normen friedlicher Konfliktbearbeitung gesehen. Der Weltfrieden ist somit hypothetisch dann erreicht, wenn die Gesamtheit demokratischer Staaten groß und genug ist, um diese Normen als Verhaltensmaxime aller Staaten zu konsolidieren.⁴

Im Rahmen der Theorie des demokratischen Friedens ist die aktuelle wissenschaftliche Debatte über die Konsequenzen der fortschreitenden Zunahme demokratischer Staaten durch eine Reihe weitestgehend unabhängiger empirischer Einzelstudien und eine unterentwickelte theoretische Basis geprägt. Während die Anzahl demokratischer

³ Einschlägige Arbeiten zu dieser Variante stammen von Kant (1795); Maoz/Abdolali (1989); Starr (1992); Singer/Wildavsky (1993); Gleditsch/Hegre (1997).

⁴ Einschlägige Arbeiten über den systemischen Ansatz stammen von Maoz/Russett (1993); Mitchell/Gates/Hegre (1999); Mitchell (2002); Mitchell/Kadera/Crescenzi (2005).

Staaten weiter zunimmt, bleibt die Frage nach den Konsequenzen dieser Entwicklung ohne theoretisch überzeugende Antwort. Gleichzeitig schüren empirische Analysen beider Erklärungsvarianten die Hoffnung auf eine friedliche demokratische Zukunft. Die Folge dieser Diskrepanz besteht bestenfalls in der Förderung einer überhöht optimistischen öffentlichen Sichtweise weltweiter Demokratisierung und schlimmstenfalls in der Wegbereitung für militärisch erzwungene Demokratisierungen im Namen des ewigen demokratischen Weltfriedens.

Ziel dieses Literaturberichts ist es, die einschlägigen Ansätze zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen dem Grad globaler Demokratisierung und dem systemischen Gewaltniveau vorzustellen und kritisch zu diskutieren. Als Grobraster für die Kategorisierung der weitestgehend unabhängigen Arbeiten dient die bereits vorgestellte Unterscheidung zwischen dyadischen und systemischen Erklärungsansätzen. Die Diskussion der ersten Variante wird verdeutlichen, dass diese aufgrund ihrer weitestgehenden Vernachlässigung systemischer Wirkungsfaktoren alleine keine hinreichende Erklärung bieten kann (Abschnitt 2). Die kritische Auseinandersetzung mit bestehenden systemischen Ansätzen deutet darauf hin, dass ihre Erklärungskraft insbesondere durch einen zu eng definierten Wirkungsbereich des Grades globaler Demokratisierung begrenzt wird (Abschnitt 3). Der Literaturbericht wird zeigen, dass beide Perspektiven zu einem integrierten Ansatz des demokratischen Friedens zusammengeführt werden müssen. Abschließend sollen erste Elemente eines solchen Ansatzes skizziert werden, wobei insbesondere die Wirkung bislang vernachlässigter mittelbarer systemischer Effekte auf den spezifischen Grenznutzen von Demokratisierungen illustriert werden soll (Abschnitt 4).

2. Dyadische Erklärungsansätze

Erklärungsansätze der ersten Variante gleichen sich in der Verortung des erklärenden Wirkungsfaktors auf der dyadischen Ebene. Die konstatierte Abnahme der Summe weltweit geführter Kriege im Zuge einer massiven Ausbreitung demokratischer Staaten wird auf die friedliche Natur interdemokratischer Interaktionen zurückgeführt. In diesem Zusammenhang lassen sich zwei verschiedene Ansätze unterscheiden:

Aggregationen des dyadischen Ansatzes des demokratischen Friedens einerseits und Kants Modell vom ewigen Frieden andererseits.

Der Erste basiert auf einer rein additiven Logik: Wenn Demokratien keine Kriege gegeneinander führen, wird die Summe zwischenstaatlicher Kriege im internationalen System mit steigender Anzahl demokratischer Staaten aufgrund des ebenfalls steigenden Anteils friedlicher Dyaden sinken. Grundlage dieses Ansatzes bildet eine Arbeit von Zeev Maoz und Nasrin Abdolali (1989). Trotz zeitlicher Schwankungen stellen sie in ihrer Untersuchung des Zeitraums von 1826-1976 fest, dass der Zusammenhang zwischen dem Anteil demokratischer Dyaden und dem systemischen Gewaltniveau bei einer ausschließlichen Betrachtung von Kriegen für den gesamten Untersuchungszeitraum ein negatives Vorzeichen trägt (1989: 29f).

Obwohl ihre Untersuchungen ebenfalls auf einer additiven Logik basieren, widersprechen Nils Petter Gleditsch und Havard Hegre (1997) der Vorgehensweise von Maoz und Abdolali sowie der daraus abgeleiteten Annahme eines generell negativen Zusammenhangs zwischen der Zunahme demokratischer Staaten und dem systemischen Gewaltniveau. Plausibel argumentieren sie, dass eine Zunahme demokratischer Staaten nicht zwangsläufig auch zu einer relativen Zunahme demokratischer Dyaden – und dem entsprechenden befriedenden Effekt – führen muss. Vielmehr ist die Wirkung einer spezifischen Demokratisierung abhängig von der jeweiligen aktuellen Beschaffenheit des internationalen Systems. Wenn die Anzahl demokratischer Staaten zunimmt, nimmt zwar die absolute Anzahl demokratischer Dyaden zu, doch nimmt auch die Anzahl der besonders gewaltanfälligen gemischten Dyaden zu. Der daraus resultierende Nettoeffekt ist abhängig von der relativen Anzahl demokratischer Staaten zum Zeitpunkt der Demokratisierung. Bei einem geringen Anteil demokratischer Staaten und einer entsprechend geringen Anzahl demokratischer Dyaden kann der friedensfördernde Effekt einer Demokratisierung durch die verhältnismäßig größere Zunahme gemischter Dyaden leicht kompensiert werden. Anders bei einem umgekehrten Verhältnis von Demokratien und Autokratien (1997: 297f).

Aus diesen Überlegungen leiten Gleditsch und Hegre ihre so genannte "Parabel-Hypothese" ab. Danach steigt das systemische Gewaltniveau mit zunehmender Anzahl

demokratischer Staaten bis zu einem kritischen Grenzwert. Überschreitet die Anzahl der Demokratien diesen Wert, verringert sich das systemische Gewaltniveau mit jeder weiteren Demokratisierung (1997: 36). Trotz einiger Abweichungen bestätigen ihre empirischen Untersuchungen nach eigener Aussage diesen parabelförmigen Zusammenhang, so dass Gleditsch und Hegre zu dem Schluss kommen: „Nevertheless, the curve as a whole may (with some imagination) be characterized as parabolic, where democratization, as expected, is first associated with more war, then with less“ (1997: 305).

Bei dem zweiten dyadischen Ansatz handelt es sich um die Überlegungen von Immanuel Kant. In seinen Definitivartikeln (1795) erläutert er drei Imperative, die in einem durch die ständige Möglichkeit des Krieges vorangetriebenen evolutionären Prozess verwirklicht werden und damit in letzter Konsequenz zu einem räumlich und zeitlich unbegrenzten Frieden führen. Trotz des dyadischen Charakters seines Ansatzes beginnt und endet Kants argumentative Schleife des ewigen Friedens auf der systemischen Ebene (vgl. Huntley 1996): Als Folge der bestehenden Anarchie auf internationaler Ebene wirkt die Möglichkeit des zwischenstaatlichen Krieges als Antrieb für die Realisierung der drei von Kant festgestellten Voraussetzungen für den ewigen Frieden: Die Republikanische Staatsform, die föderale Union republikanischer Staaten und die allgemeine Hospitalität (Kant 1795: 126f).

Für die Verwirklichung dieser Voraussetzungen sieht Kant den zwischenstaatlichen Krieg als entscheidende treibende Kraft (Kant 1795: 143f). In der internationalen Anarchie stehen die Staaten in einem Wettbewerb um Macht, in welchem Republiken gegenüber anderen Regimetyten aufgrund ihrer internen Verfasstheit im Vorteil sind: Durch die Freiheit der Bürger kann ihr volles Potential ausgeschöpft werden. Um im Wettbewerb bestehen zu können, liberalisieren sich somit auch andere Staaten und passen sich damit dem systemischen Druck der internationalen Anarchie und des Krieges an (Huntley 1996).

Zur Verteidigung gegen die verbleibenden nichtrepublikanischen Staaten schließen sich die Republiken zusammen und realisieren damit Kants zweite Bedingung: Sie gründen eine föderative Union zur Erhaltung des Friedens. In diesem „Friedensbund“

(Kant 1795: 133) etablierter Republiken wirken Vertrauen, durch wechselseitige Berechenbarkeit und Offenheit sowie der reziproke Respekt vor der Freiheit der anderen Republiken und ihrer Bürger, gegen den gewaltsamen Konfliktaustrag (Kant 1795; Doyle 1997). Zudem ermöglicht hier Kants dritte Voraussetzung - die allgemeine Hospitalität - die Entwicklung von Austausch im Allgemeinen und Handel im Besonderen, wodurch der demokratische Frieden in der Union materiell untermauert wird (vgl. Huntley 1996; Doyle 1997). Mit der weltweiten Verwirklichung dieser Voraussetzungen erfolgt schließlich der Rekurs auf den Ausgangspunkt und damit auf die systemische Ebene: Die Beseitigung der internationalen Anarchie und des daraus resultierenden zwischenstaatlichen Krieges als ständige Möglichkeit.

In der Literatur zur systemischen Ebene des demokratischen Friedens besteht die Tendenz, das Vorhandensein systemischer Elemente in Kants Modell fälschlicherweise mit der systemischen Natur seines Erklärungsansatzes zu verwechseln (z.B. Huntley 1996, Mitchell 2002, Mitchell/Gates/Hegre 1999). Kant führt die Wirkung des Grades internationaler Demokratisierung auf dyadische und nicht auf systemische Wirkungsfaktoren zurück. Zwar siedelt Kant den Ursprung für die Entwicklung zum ewigen Frieden auf der systemischen Ebene an (Anarchie als Ursache der ständigen Möglichkeit des Krieges), doch sieht er die Ursache für die friedensfördernde Wirkung des Grades internationaler Demokratisierung nicht in der Natur der Gesamtheit demokratischer Staaten.

Vielmehr sind die Beziehungen unter den Demokratien und damit die dyadische Ebene für Kant entscheidend. Friedensfördernd wirkt der Grad globaler Demokratisierung nur aufgrund der spezifischen Natur der interdemokratischen Beziehungen. Die Beeinflussung des systemischen Gewaltniveaus erfolgt bei Kant lediglich durch eine Ausbreitung des Friedensbunds (Kant 1795: 133) und damit letztendlich alleine durch eine Zunahme demokratischer Dyaden.

Entgegen den Interpretationen von Mitchell, Gates und Hegre (1999) ist auch die von Kant betonte Wirkung der internationalen Verbreitung demokratischer Normen nicht als genuin systemischer Wirkungsfaktor zu verstehen. Nach Kant kommt es mit der

Zunahme demokratischer Staaten zu einer Diffusion demokratischer Normen im internationalen System, welche das demokratische Interaktionsverhalten positiv beeinflusst. Es muss jedoch beachtet werden, dass diese Normenverbreitung im Modell Kants lediglich auf die Interaktionen demokratischer Staaten und damit eher auf der dyadischen Ebene - bzw. auf einer aggregierten Zwischenebene, bestehend aus der Summe demokratischer Einzelstaaten - wirkt. Grund hierfür ist, dass solche international diffundierenden Normen auf dem reziproken Respekt demokratischer Staaten vor der Freiheit der jeweiligen Bürger und ihrer frei gewählten Regierungen basieren (vgl. Doyle 1983b). Unter nichtdemokratischen Regierungen kann sich ein solcher Respekt aufgrund der von Kant vorausgesetzten staatlichen Unterdrückung ihrer Bevölkerung nicht entwickeln, so dass sich auch die entsprechenden Normen der Interaktion nicht auf diese übertragen können (Doyle 1983b). Entsprechend wirken diese lediglich auf das Verhalten zwischen Demokratien. Sara McLaughlin Mitchell formuliert diesbezüglich: „A dyadic approach to the democratic peace predicts peaceful dispute resolution only between democracies, while a systemic approach recognizes the potential for democratic interactions to influence the behavior of nondemocratic states“ (2002: 749). Kant sieht in der entstehenden Nachahmungs- bzw. Demokratisierungsmotivation die einzige Auswirkung des ansteigenden Grades globaler Demokratisierung auf nichtdemokratische Staaten. Eine Beeinflussung ihres Interaktionsverhaltens ist nicht Bestandteil seiner Überlegungen. Entsprechend kann Kants Modell auch in dieser Hinsicht nicht als systemischer Erklärungsansatz kategorisiert werden.

2.1. Der Weg zum Weltfrieden

Ausgehend von den dyadischen Ansätzen lässt sich ein spezifisches Szenario bezüglich der Konsequenzen fortschreitender Demokratisierung modellieren. Auf Grundlage der Ergebnisse von Maoz und Abdolali weist Harvey Starr (1992) die Richtung für eine solche Extrapolation der dyadischen Erklärungsansätze: „*if* the lack of war between democracies is a true and robust relationship, and *if* there is a

continuing trend of democratic diffusion in the system, then the international system as a whole will be more peaceful” (1992: 44 Hervorh. dort).

In diesem Zusammenhang lässt sich ein konkreteres Zukunftsszenario in Anlehnung an Max Singer und Aaron Wildavsky (1993) skizzieren. Ausgehend von einer konstatierten wechselseitigen Friedfertigkeit demokratischer Staaten und einer fördernden reziproken Beziehung zwischen demokratischer Verfasstheit und wirtschaftlicher Entwicklung, prognostizieren sie eine Zweiteilung des internationalen Systems in Friedens- und Unruhezeiten („zones of peace“ und „zones of turmoil“). Innerhalb ersterer, bestehend aus wirtschaftlich hoch entwickelten und hoch produktiven Demokratien, ist der Krieg als Form der zwischenstaatlichen Interaktion auf absehbare Zeit nicht mehr vorstellbar. Gewaltsame Auseinandersetzungen beschränken sich auf die verbleibenden Unruhezeiten (1993: 14f). Mit der fortschreitenden Demokratisierung autokratischer Staaten kommt es zu einer relativen Vergrößerung der Friedenszeiten und einer entsprechenden Verkleinerung der Gewaltzeiten, welche mit einer Reduzierung des systemischen Gewaltniveaus einhergehen. Hypothetisch wird der Weltfrieden somit durch eine globale Ausdehnung der demokratischen Friedenszone realisiert.⁵

Gleditsch und Hegre (1997) distanzieren sich explizit von Maoz und Abdolali und der entsprechenden Weltmodellierung von Singer und Wildavsky (Gleditsch/Hegre 1997: 297). Andererseits gehen sie jedoch davon aus, dass der Anteil demokratischer Staaten im heutigen internationalen System den von ihnen als entscheidend erachteten kritischen Grenzwert bereits überschritten hat (Gleditsch/Hegre 1997: 304). Damit werden jedoch auch die entscheidenden Unterschiede in den Aussagen dieser Ansätze nivelliert. Beide Ansätze konstatieren gleichermaßen, dass sich - ausgehend von der heutigen Beschaffenheit des internationalen Systems - jede weitere Demokratisierung negativ auf die Höhe des systemischen Gewaltniveaus auswirkt. Entsprechend stimmen sie somit in den entscheidenden Elementen ihrer Zukunftsprognosen überein. Mit der massiven Zunahme demokratischer Staaten sinkt das Niveau das systemische

⁵ Zwar betonen Singer/Wildavsky, dass eine Zukunftsprognose auf Basis dieser Überlegungen skeptisch betrachtet werden muss, dennoch bildet die Idee der Friedens- und Unruhezeiten ihrer Auffassung nach ein plausibles Modell für den Weltfrieden als Resultat einer globalen Ausdehnung der Friedenszeiten (1993: 30f).

Gewaltniveau bis es mit einer Demokratisierung aller Staaten auf null reduziert und damit der Weltfriede realisiert wird.

Die bereits dargestellten inhaltlichen Parallelen zwischen Kants Modell des ewigen Friedens und den dargestellten einfachen Aggregationssansätzen werden auch in Bezug auf die prognostizierte Beschaffenheit des internationalen Systems in Folge einer massiven Zunahme demokratischer Staaten deutlich. Michael W. Doyle (1983a, 1983b) zeichnet ein solches Szenario in Bezug auf Kants Überlegungen, welches eine große Ähnlichkeit zu der Extrapolation von Singer und Wildavsky (1993) aufweist: Auf Basis der Realisierung der drei Imperative des ewigen Friedens wird ein Friedensbund liberaler Staaten geschaffen, welcher sich „allmählig über alle Staaten erstrecken soll, und so zum ewigen Frieden hinführt“ (Kant 1795: 133). Außerhalb dieses demokratischen Friedensbundes befinden sich die Staaten weiterhin in einem internationalen Anarchiezustand. Die Interaktionsprämissen demokratischer Staaten innerhalb der Union finden aus den oben genannten Gründen keine Anwendung auf ihr bilaterales Verhalten gegenüber nichtdemokratischen Staaten. Entsprechend resultiert die zunehmende Demokratisierung auch bei Kant in einer Zweiteilung des internationalen Systems. Der Friedensbund wirkt dabei nur in Form einer Demokratisierungsmotivation auf die verbleibenden Unruhezonen, welche die Menschen nach Kant durch zunehmende Ausbreitung des Friedensbundes zwar nicht linear, aber doch unweigerlich zu einem globalen ewigen Frieden führt (vgl. Kant 1795, Doyle 1983b).⁶

Trotz bestehender Unterschiede zwischen den verschiedenen dyadischen Erklärungsansätzen, implizieren sie grundsätzlich analoge Prognosen über die Beschaffenheit des internationalen Systems in Folge einer massiven Zunahme demokratischer Staaten. Da systemische Effekte weitestgehend ausgeblendet werden, wird der friedensfördernde Effekt von Demokratisierungen einzig und unmittelbar auf

⁶ Anders bei Cederman (2001). Dieser stellt in seiner Untersuchung fest, dass sowohl die Beziehungen von Demokratien als auch – mit geringerer Geschwindigkeit und abweichend von den Überlegungen Kants – die Beziehungen von Autokratien mit der Zeit friedlicher werden. Dies führt er auf einen einzelstaatlichen Lernprozess in Folge des bereits beschriebenen kantianischen Entwicklungsprozesses zurück. Die Folge ist die Möglichkeit einer demokratischen Befriedung des Systems ohne Ausdehnung der Friedenszone.

den Ersatz gewaltanfälliger nichtdemokratischer durch friedfertige demokratische Staaten zurückgeführt. Auf Basis einer solchen additiven Logik erfordert die Realisierung des demokratischen Weltfriedens zwangsläufig die demokratische Verfasstheit *aller* Staaten des internationalen Systems bzw. eine *globale* Ausdehnung der demokratischen Friedenszone.

2.2. Erklärungskraft im Hinblick auf das systemische Gewaltniveau

Der von Maoz und Abdolali konstatierte linear-negative Zusammenhang zwischen der Anzahl demokratischer Staaten und dem systemischen Gewaltniveau ist angesichts der überzeugenden Einwände von Gleditsch und Hegre wenig plausibel. Die Folgen der mit allen Transitionen einhergehenden Zu- und Abnahmen anderer Regime-Konstellationen können nicht außer Acht gelassen werden. Andererseits wurde jedoch auch die These von Gleditsch und Hegre bereits mehrfach empirisch überprüft und zumindest teilweise widerlegt. Eine Untersuchung von Sara McLaughlin Mitchell, Scott Gates und Havard Hegre (1999) ergab, dass insbesondere die erste Phase, also der konstatierte temporäre positive Effekt auf das systemische Gewaltniveau, nicht empirisch belegt werden kann. In einer weiteren Untersuchung schließen sich Mark Crescenzi und Andrew Enterline (1999) diesem Ergebnis an.

Stärker als empirische Zweifel sprechen allgemeine Argumente rein theoretischer Natur gegen einfache Aggregationsansätze. James Lee Ray (2002) betont die methodologische Unzulässigkeit solcher Aussagen über das internationale System, die umstandslos aus dem bilateralen Verhalten der Einzeleinheiten - in diesem Fall der Natur interdemokratischer Beziehungen - abgeleitet werden (2002: 212). Als Grund führt er an, dass die Veränderung des internationalen Systems in Folge zunehmender Demokratisierungen selbst Auswirkungen auf das auswärtige Verhalten beider Regimetypen entfalten kann. Anders formuliert: Die charakteristischen auswärtigen Verhaltensmuster von demokratischen und autokratischen Staaten variieren möglicherweise mit der spezifischen Regimekonstellation des bestehenden internationalen Systems. So könnte beispielsweise das Konfliktverhalten der stetig zurückgedrängten Autokratien aggressiver werden (vgl. Kadera/Crescenzi/Shannon

2003). Mit der Schwächung des gemeinsamen autokratischen Feindes könnte sich zudem ein wichtiges verbindendes Moment zwischen Demokratien auflösen und ihr Konfliktverhalten untereinander negativ beeinflussen (vgl. Owen 1997: 234f). Im Gegenzug fördert die Übermacht demokratischer Staaten möglicherweise die Kooperation und damit das friedliche Konfliktverhalten der Autokratien untereinander (Ray 2000: 312f).⁷

Entsprechend der inhaltlichen Parallele zwischen dem kantianischen Ansatz und den einfachen Extrapolationsansätzen bestehen auch analoge Einschränkungen ihrer Erklärungskraft. Die Vernachlässigung systemischer Faktoren resultiert auch bei Kant in einer unzulässig vereinfachten Übertragung mit den bereits geschilderten Konsequenzen. Die von Kant vorgezeichnete globale Ausweitung der demokratischen Friedenszone erlaubt Veränderungen des auswärtigen Verhaltens in Folge von Verschiebungen der innersystemischen Regime-Konstellationen nur für demokratische Staaten und auch hier nur in eine Richtung – ihr Verhalten kann nur friedlicher werden. Verhaltensänderungen nichtdemokratischer Staaten werden ebenso wenig in Betracht gezogen wie eine mögliche erhöhte Aggressivität demokratischer Staaten.⁸

Die Erklärungskraft dyadischer Ansätze wird insbesondere durch die weitestgehende Vernachlässigung genuin systemischer Wirkungsfaktoren eingeschränkt. Die systemische Ebene kann nicht als bloße Summe ihrer Einzeleinheiten modelliert werden, vielmehr ist eine Betrachtung der systemischen Ebene als erklärendem Faktor notwendig. Gleich, ob es sich um die einfachen Aggregationsansätze von Maoz und Abdolali sowie Gleditsch und Hegre oder um Kants Modell vom ewigen Frieden handelt, die konstatierten Zusammenhänge zwischen dem Grad globaler Demokratisierung und dem systemischen Gewaltniveau sind lediglich für Aussagen

⁷ Abweichende und teilweise gegenteilige Auswirkungen einer solchen veränderten Regimekonstellation auf das auswärtige Verhalten demokratischer und autokratischer Staaten werden von den Vertretern systemischer Erklärungsansätze konstatiert, auf welche im Folgenden Kapitel näher eingegangen werden soll.

⁸ Anpassungen autokratischer Staaten konzeptualisiert Kant lediglich als vollkommenen innenpolitischen Systemwandel und nicht als alleinige „Befriedung“ ihres auswärtigen Verhaltens. Eine möglicherweise erhöhte Aggressivität demokratischer Staaten wird von Kant nur in Form von temporären Rückschritten im Evolutionsprozess und damit lediglich als kurzzeitige Fehlentwicklungen und nicht als dauerhafte Verhaltensänderung in Betracht gezogen.

über ein spezifisches internationales System mit einer fixen Regime-Konstellation bedenkenlos anwendbar. Sie verlieren jedoch an Erklärungskraft, wenn es um Prognosen über die Folgen fortschreitender Demokratisierung geht. Nachvollziehbare Aussagen über die Auswirkungen des *Prozesses* der globalen Demokratisierung auf das systemische Gewaltniveau können mit den dyadischen Ansätzen nur begrenzt geleistet werden, da sie nicht ausreichend berücksichtigen, dass jede weitere Demokratisierung auch zu einer Veränderung der Gestalt des internationalen Systems führt, welche sich wiederum auf das auswärtige Verhalten demokratischer und autokratischer Staaten auswirken kann.

3. Systemische Ansätze

Demokratisierungen wirken nicht nur auf die betroffenen Staaten und ihre Interaktionen, sondern beeinflussen auch die Gestalt des internationalen Systems. In Folge von Transitionen autokratischer Staaten verändern sich die Größen der jeweiligen Gesamtheiten autokratischer und demokratischer Staaten, was wiederum in veränderten systemischen Machtverhältnissen resultieren kann. Diese Modifikationen des internationalen Systems können ihrerseits das auswärtige Verhalten einzelner Staaten und damit auch das systemische Gewaltniveau beeinflussen. Auf diese Effekte beziehen sich systemische Erklärungsansätze. Im Hinblick auf die Theorie des demokratischen Friedens konstatieren sie einen negativen systemischen Effekt des Grades globaler Demokratisierung auf das systemische Gewaltniveau.

Theoretischer Ausgangspunkt ist die Annahme, dass demokratische Staaten ihre internen Normen friedlicher Konfliktbearbeitung externalisieren.⁹ Mit zunehmender Anzahl demokratischer Staaten bzw. zunehmendem Einfluss der Summe demokratischer Staaten werden diese Verhaltensmuster schließlich auf das internationale Gesamtsystem projiziert, wodurch das systemische Gewaltniveau abnimmt. Im Gegensatz zu Kants Vorstellung einer Verbreitung demokratischer Normen innerhalb des Friedensbundes gehen systemische Ansätze davon aus, dass

⁹ Diese Grundannahme entspricht dem normativen Erklärungsansatz des demokratischen Friedens auf der dyadischen Ebene. Eine umfassendere Erläuterung dieses Ansatzes findet sich beispielsweise bei Maoz und Russett (1993).

diese Normenverbreitung sich im gesamten Staatensystem sowohl auf das Konfliktverhalten demokratischer als auch auf das autokratischer Staaten auswirkt. Während eine Beeinflussung des autokratischen auswärtigen Verhaltens durch die steigende Anzahl demokratischer Staaten nicht Bestandteil des kantianischen Evolutionsprozesses ist, bildet genau diese Verhaltensmodifikation ein entscheidendes Element systemischer Ansätze.

Grundlegend sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Zeev Maoz, Bruce Russett und John Oneal (Maoz/Russett 1993; Oneal/Russett 1999). Aus ihrer Bestätigung des normativen Ansatzes des demokratischen Friedens leiten sie folgende Annahme ab: In einem mehrheitlich nichtdemokratischen, anarchischen Gesamtsystem, besteht ein Anreiz für alle Staaten sich autokratischen Verhaltensmustern anzupassen (Gewalt, Zwang etc.). Wenn aber die Mehrheit der Staaten demokratisch verfasst ist, werden möglicherweise die international vorherrschenden autokratischen Normen durch demokratische ersetzt: „A system created by autocracies may be reconstructed by a critical mass of democratic states“ (Maoz/Russett 1993: 673). Mit der internationalen Verankerung dieser demokratischen Interaktionsnormen (Konfliktlösung durch Kompromisse, Verhandlungen etc.) wird schließlich das systemische Gewaltniveau gesenkt.

Als Gründe für die Verhaltensanpassung autokratischer Staaten sehen Oneal und Russett einerseits die Angst vor einer Bestrafung durch den dominierenden systemischen Anteil demokratischer Staaten im Falle einer Verletzung der demokratischen Normen friedlicher Konfliktbearbeitung und andererseits die Befürchtung, dass sie sich durch Kriege untereinander schwächen und damit ihre Position gegenüber der wachsenden Anzahl demokratischer Staaten verschlechtern könnten (Oneal/Russett 1999: 7). Die Ergebnisse ihrer empirischen Untersuchung unterstützen den vermuteten Zusammenhang zwischen dem Grad globaler Demokratisierung und dem auswärtigen Verhalten autokratischer und gemischter Dyaden.¹⁰

¹⁰ Zu einem gegensätzlichen Ergebnis kommt Senese (1997). Grundlage seiner Arbeit ist die Annahme, dass die Entscheidungsfindung nationaler Regierungen bezüglich einer Beibehaltung des Status Quo und der (Ein-) Forderung („Claim“) gegenüber anderen Staaten durch Kosten-Nutzen-Abwägungen determiniert ist.

Umfassende Analysen der systemisch bedingten Verhaltensänderungen autokratischer Staaten wurden in einer Reihe aufeinander aufbauender Arbeiten rund um Sarah McLaughlin Mitchell unternommen. Ausgangspunkt bildet eine Untersuchung in Zusammenarbeit mit Scott Gates und Havard Hegre (Mitchell et al. 1999) in der folgender - in Anlehnung an Kant modellierter - endogener Prozess aus Krieg, Demokratisierung und Frieden überprüft wurde: Anfangs steigt das systemische Gewaltniveau mit steigender Anzahl demokratischer Staaten. Der Krieg wiederum wirkt als treibende Kraft der weiteren Demokratisierung autokratischer Staaten. Nach Überschreiten eines bestimmten Grenzwertes kehrt sich der bislang positive Zusammenhang zwischen Demokratisierung und systemischem Gewaltniveau um. Jede weitere Transition führt nun zu einer Reduzierung der weltweit geführten Kriege (Mitchell et al. 1999: 772f). Die Ergebnisse deuten auf einen negativen, mit Zunahme des Anteils demokratischer Staaten ansteigenden, Zusammenhang zwischen dem Grad globaler Demokratisierung und dem systemischen Gewaltniveau hin.

Die Wirkung des zunehmenden Anteils demokratischer Staaten auf das Verhalten autokratischer Staaten wurde in diesem Zusammenhang jedoch nicht explizit untersucht (Mitchell et al. 1999: 789). Dies wird von Mitchell (2002) nachgeholt. Im Vordergrund ihrer Studie steht die Wirkung zunehmender globaler Demokratisierung auf das Verhalten nichtdemokratischer Staaten. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass demokratische Normen friedlicher Konfliktbearbeitung in Folge eines internationalen Sozialisationsprozesses mit zunehmender Anzahl demokratischer Staaten auch in die Interaktionen nichtdemokratischer Staaten diffundieren (750f.). Ihre empirische Analyse unterstützt diese theoretische Hypothese: Mit wachsendem Anteil demokratischer Staat steigt die Wahrscheinlichkeit, dass nichtdemokratische Dyaden ihre Konflikte friedlich durch die Vermittlung durch Drittparteien bearbeiten.

In einem mehrheitlich demokratischen System werden Abweichungen von den dominierenden demokratischen Normen mit kostenverursachenden Imageschäden bestraft. Theoretisch müsste die fortschreitende Demokratisierung somit auch in diesem Modell zu einer Reduzierung des systemischen Gewaltniveaus führen.

Seine empirische Untersuchung widerspricht jedoch diesem theoretischen Zusammenhang. Im Untersuchungszeitraum erhöht der globale Demokratisierungsgrad die Konflikthanfälligkeit des internationalen Systems. Da ein solcher positiver Zusammenhang jedoch bislang in keiner anderen Studie konstatiert wurde, soll in diesem Zusammenhang nicht weiter auf die Ergebnisse von Senese eingegangen werden.

In Zusammenarbeit mit Kelly Kadera und Mark Crescenzi (Mitchell et al. 2005) wurde dieser Ansatz erneut untersucht. Ausgehend von den gleichen Grundannahmen wurde die Operationalisierung des Einflusses der Gesamtheit demokratischer Staaten verbessert¹¹ und die Fallgruppe vergrößert.¹² Die empirische Analyse bestätigt die bereits 2002 aufgestellte These: In Folge eines internationalen Sozialisationsprozesses wird Vermittlung als Instrument der Konfliktbearbeitung mit zunehmendem Einfluss der Gesamtheit demokratischer Staaten vermehrt eingesetzt.

3.1. Der Weg zum Weltfrieden

Ebenso wie aus der Extrapolation dyadischer Befunde lässt sich auch aus den vorgestellten systemischen Ansätzen eine Prognose über die Beschaffenheit des internationalen Systems in Folge fortschreitender Demokratisierung ableiten. Zwar veranlasst auch hier der konstatierte negative Zusammenhang zwischen dem Grad globaler Demokratisierung und dem systemischen Gewaltniveau zu einer optimistischen Beurteilung zukünftiger Demokratisierungen, doch bestehen entscheidende Unterschiede zwischen den beiden Ansätzen hinsichtlich der jeweils prognostizierten Wege zur Realisierung des demokratischen Weltfriedens.

Systemische Ansätze beruhen auf der Annahme, dass Demokratisierungen autokratischer Staaten die Gesamtheit demokratischer Staaten vergrößern und damit die Diffusion und internationale Verankerung demokratischer Normen friedlicher

¹¹ Trotz der Ausweitung der Fallgruppe bleiben die Untersuchungen von Mitchell (2002) und Mitchell/Kadera/Crescenzi (2005) problematisch. Die beiden Analysen beziehen sich nicht auf das internationale Gesamtsystem, sondern lediglich auf einen spezifischen Ausschnitt (Nordamerika bzw. westliche Hemisphäre) welcher die Gefahr impliziert, dass die Hegemonie der USA eine konkurrierende Erklärung für die Beobachtungen darstellt. Mitchell und Kadera (2005) überprüfen daher ihre Ergebnisse in einer Folgeuntersuchung auf die mögliche konkurrierende Erklärungskraft der amerikanischen Hegemonie (9f.). Auf Grundlage ihres statistischen Befunds, dass die unabhängige Variable „Hegemonie“ keinerlei Wirkung auf den Erfolg von Vermittlungsversuchen ausübt, weisen Mitchell und Kadera die Annahme einer konkurrierenden Erklärung der früheren Beobachtungen durch die amerikanische Hegemonie zurück (12).

¹² Hierzu nutzen sie die Methode von Kadera et al. (2003): Zunächst multiplizieren sie den Polity 4-Wert jedes Staates mit seinem CINC-Wert (Indikator des Correlates of War Projektes zu Messung der industriellen, demographischen und militärischen Möglichkeiten eines Staates). Die Produkte aller Staaten werden anschließend aufsummiert, um die Stärke der „demokratischen Gemeinschaft“ (der Begriff der „Gemeinschaft“ bezieht sich hierbei auf eine von Kadera et al. unterstellte gemeinsame Verständigung aller demokratischen Staaten eines internationalen Systems auf spezifische demokratische Normen) zu bestimmen (20).

Konfliktbearbeitung fördern. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das auswärtige Verhalten der Einzelstaaten erst mit einer bestimmten Anzahl demokratischer Staaten beeinflusst wird. Solange autokratische Normen der Konfliktbearbeitung vorherrschend sind, können einzelne Demokratisierungen keinen nennenswerten Beitrag zur Verbreitung und Implementierung demokratischer Normen leisten und dementsprechend auch keinen nennenswerten Einfluss auf das systemische Gewaltniveau ausüben. Entsprechend ist davon auszugehen, dass systemische Faktoren ihre Wirkung erst bei einem höheren Grad globaler Demokratisierung entfalten.¹³

Andererseits ist der hypothetische Weltfrieden bei der Extrapolation systemischer Ansätze bereits zu einem früheren Zeitpunkt bzw. bei einem geringeren Grad globaler Demokratisierung erreicht. Die Verbreitung und Verfestigung demokratischer Normen wirkt sowohl auf die Interaktionen demokratischer als auch auf die autokratischer Staaten. Entsprechend passt sich das Konfliktverhalten autokratischer Staaten mit zunehmendem globaler Demokratisierung - in Folge der bereits genannten Sozialisierungsprozesse - schrittweise den demokratischen Normen friedlicher Konfliktbearbeitung an. Wird dieser Prozess bei gegebener anhaltender Demokratisierung in die Zukunft extrapoliert, wird sich das Konfliktverhalten autokratischer Staaten bei einem bestimmten Grenzwert globaler Demokratisierung vollkommen an das Konfliktverhalten demokratischer Staaten angepasst haben. Somit wäre der globale Frieden bereits erreicht, bevor alle nichtdemokratischen Staaten einen Regimewechsel durchgemacht haben. Der entscheidende Unterschied zu den dyadischen Ansätzen besteht also darin, dass die vollkommene demokratische Homogenisierung keine Voraussetzung für die Realisierung des demokratischen Weltfriedens darstellt.

¹³ Dies entspricht den bereits dargestellten Annahmen von Maoz/Russett (1993: 673) und Mitchell (2002: 751f.). Erst wenn ein kritischer Wert demokratischer Staaten im internationalen System erreicht ist, kommt es zu einer effektiven Diffusion demokratischer Normen im internationalen System und zu einer entsprechenden Veränderung des auswärtigen Verhaltens nichtdemokratischer Staaten.

3.2. Erklärungskraft im Hinblick auf das systemische Gewaltniveau

Ray (2000, 2001) weist in Bezug auf bestehende Untersuchungen systemischer Erklärungsansätze auf Operationalisierungsschwächen hinsichtlich der unabhängigen und der abhängigen Variablen hin, welche die Aussagekraft bisheriger Analysen einschränken. Konkret handelt es sich einerseits um die Vernachlässigung einzelstaatlicher Machtunterschiede und die daraus resultierende unzulängliche Operationalisierung des Einflusses der Gesamtheit demokratischer Staaten und andererseits um die mangelnde Ausdifferenzierung der Konfliktvariablen.

Der erstgenannte Punkt bezieht sich darauf, dass keiner der vorgestellten Ansätze mit Ausnahme von Mitchell et al. (2005) das Machtpotential der Einzelstaaten berücksichtigt. So wird umstandslos von der Größe der Gesamtheit demokratischer Staaten auf ihren Einfluss im internationalen System geschlossen. Daraus resultiert, dass auch allen Demokratisierungen, gleich welcher Staaten, potentiell der gleiche friedensfördernde Effekt zugesprochen wird (Ray 2000: 313f). Demzufolge müsste beispielsweise einer Demokratisierung Chinas der gleiche Effekt zugesprochen werden wie einer Demokratisierung Swasilands. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Operationalisierung zu signifikanten Verzerrungen empirischer Untersuchungsergebnisse führen kann.

Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf die Nutzung undifferenzierter abhängiger Variablen: Allen Untersuchungen zum demokratischen Frieden liegt die Annahme zu Grunde, dass sich das Konfliktverhalten von Demokratien und Autokratien fundamental unterscheidet. Nach Ray werden jedoch genau diese Unterschiede durch die einfache Aufsummierung einzelstaatlicher gewaltsam ausgetragener Konflikte in nahezu allen bisherigen Untersuchungen verschleiert. Wird nicht differenziert, welche Staaten welchen Regimetyps Angreifer und welche lediglich die Ziele von Aggressionen sind oder welche Staaten welchen Regimetyps möglicherweise erst nachträglich in den gewaltsamen Konfliktaustrag eingreifen, kann nach Ray auch keine Aussage über den Zusammenhang von Demokratie und systemischem Gewaltniveau getroffen werden (Ray 2000: 312, 2001: 367f).

Bei den von Ray betonten methodologischen Kritikpunkten handelt es sich um Mängel, welche in zukünftigen Untersuchungen systemischer Wirkungsfaktoren

beispielsweise durch die Nutzung der dargestellten Gewichtungsmethode von Kadera et. al. (2003) und eine stärkere Ausdifferenzierung der abhängigen Variablen vermieden werden können. Die dargestellten Erklärungsansätze beinhalten jedoch auch inhaltliche Schwächen, welche primär auf die Vernachlässigung dyadischer Wirkungsfaktoren zurückzuführen sind.

Die Demokratisierung eines Staates impliziert nicht nur einen Einflusszuwachs der Gesamtheit demokratischer Staaten, sondern schlicht auch eine Zunahme demokratischer Dyaden. Letzteres wird jedoch von systemischen Ansätzen weitestgehend vernachlässigt. Sie beschränken sich auf unmittelbare systemische Effekte. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die zunehmende Anzahl demokratischer Staaten und die damit verbundene Verbreitung und Verfestigung demokratischer Normen auch *mittelbar*, über eine Beeinflussung der Intensität dyadischer Effekte, auf das systemische Gewaltniveau auswirken. Solche Verbindungen zwischen der systemischen und der dyadischen Ebene werden von bestehenden systemischen Ansätzen weitestgehend außer Acht gelassen, was in einer zu engen Konzeptualisierung der systemischen Effekte resultiert. Auf diese Effekte soll im folgenden Kapitel näher eingegangen werden.

4. Elemente eines integrierten Ansatzes

Ebenso wie die Vernachlässigung systemischer Elemente die hinreichende Erklärung des systemischen Gewaltniveaus durch dyadische Ansätze verhindert, besteht in der Vernachlässigung dyadischer Elemente ein Schwachpunkt systemischer Erklärungsansätze. Die Beschränkung auf die alleinige Berücksichtigung von dyadischen oder systemischen Wirkungsfaktoren verhindert die Konzeptualisierung eines umfassenden und überzeugenden Ansatzes zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen dem Grad globaler Demokratisierung und dem systemischen Gewaltniveau.

Die Demokratisierung eines Staates wirkt sich auf mindestens zwei Arten auf das systemische Gewaltniveau aus. Sie vergrößert die Gesamtheit demokratischer Staaten und fördert auf diese Weise die Diffusion demokratischer Normen im internationalen System. In Folge dieses *unmittelbaren systemischen Effekts* werden das

Konfliktverhalten demokratischer und autokratischer Staaten und damit auch das internationale System friedlicher. Andererseits nimmt die Anzahl demokratischer und damit friedlicher Dyaden zu. In der Folge dieses *dyadischen Effekts* wird das internationale System ebenfalls friedlicher. Gleichzeitig beeinflusst die Verbindung zwischen diesen beiden Effekten die spezifische Wirkung von Demokratisierungen.

Abbildung 1: Die Verbindung zwischen der dyadischen und der systemischen Ebene

		Unabhängige Variable	
		Systemische Ebene	Dyadische Ebene
Abhängige Variable	Systemische Ebene	Durch die relative Zunahme der Größe der Gesamtheit demokratischer Staaten im internationalen System wird das Konfliktverhalten im internationalen System friedlicher.	Durch die relative Zunahme rein demokratischer Dyaden gegenüber autokratischen oder gemischten Dyaden wird das Konfliktverhalten im internationalen System friedlicher.
	Dyadische Ebene	Durch die relative Zunahme der Größe der Gesamtheit demokratischer Staaten im internationalen System wird das Konfliktverhalten gemischter und autokratischer Dyaden friedlicher.	

Der dyadische Effekt der Demokratisierung beruht darauf, dass gewaltanfällige nichtdemokratische Dyaden durch weniger gewaltanfällige demokratische Dyaden ersetzt werden. Je größer der Unterschied in der Anfälligkeit demokratischer und nichtdemokratischer Dyaden, desto größer ist auch der Effekt dieses Austauschs auf das systemische Gewaltniveau. Entsprechend der systemischen Erklärungsansätze wirkt sich der Grad globaler Demokratisierung auf das auswärtige Verhalten demokratischer Staaten aus. Mit zunehmender Anzahl demokratischer Staaten wird das Konfliktverhalten demokratischer Dyaden friedlicher und damit auch der Unterschied zur Gewaltanfälligkeit nichtdemokratischer Dyaden. Entsprechend führt jede Demokratisierung in Folge dieses *ersten mittelbaren systemischen Effekts* dazu,

dass der friedensfördernde dyadische Effekt einer Demokratisierung höher ausfällt als der, der vorherigen - er führt zu einem steigenden Grenznutzen von Demokratisierungen.

Mit zunehmender Anzahl demokratischer Staaten verändert sich jedoch auch das Verhalten nichtdemokratischer Staaten. In Folge der internationalen Konsolidierung demokratischer Normen passt es sich dem Interaktionsverhalten demokratischer Staaten an. Die Folge dieses *zweiten mittelbaren systemischen Effekts* ist, dass jede weitere Demokratisierung ab einem kritischen Niveau erreichter globaler Demokratisierung, einen geringeren Friedensbeitrag leistet als die vorherige. Einfach ausgedrückt: Liegt der Friedensbeitrag einer Demokratisierung im Austausch eines autokratischen Staates gegen einen demokratischen Staat, ist dieser Friedensbeitrag um so geringer, je weniger sich das auswärtige Verhalten autokratischer Staaten von dem demokratischer Staaten unterscheidet. Da dieser Unterschied mit zunehmender Anzahl demokratischer Staaten abnimmt, nimmt auch der friedensfördernde dyadische Effekt jeder weiteren Demokratisierung ab - der Grenznutzen der Demokratisierungen sinkt.

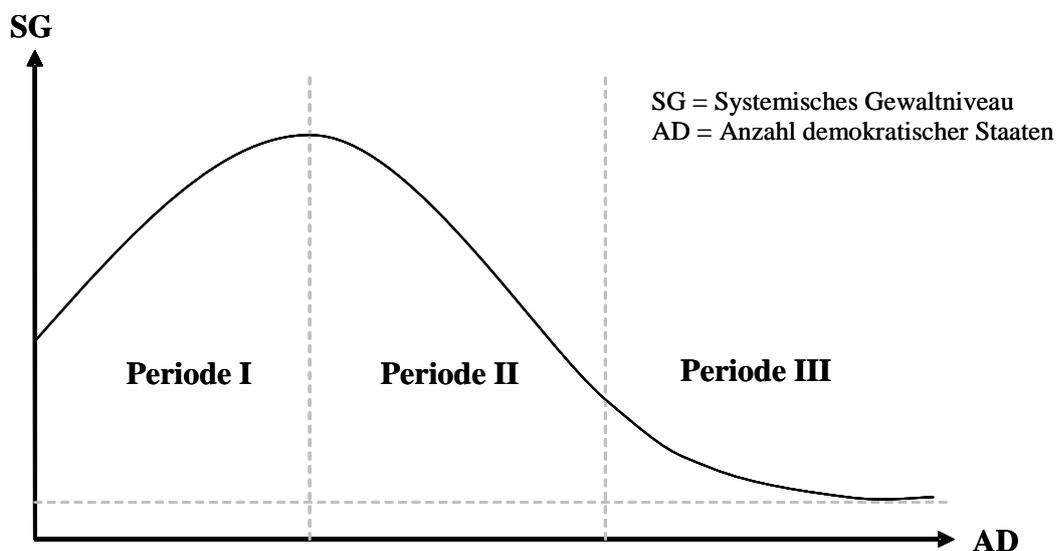
Es ist davon auszugehen, dass die Größe der Gesamtheit demokratischer Staaten bereits bei geringerer Stärke auf das Interaktionsverhalten demokratischer Staaten und erst nach Erreichen einer höheren Schwelle auch auf das Verhalten autokratischer Staaten wirkt. Der Effekt auf demokratische Staaten endet zudem bei einem spezifischen Grad globaler Demokratisierung mit einer maximalen Befriedung demokratischer Interaktionen. Entsprechend ist davon auszugehen, dass die beiden beschriebenen mittelbaren systemischen Effekte sich nicht gegenseitig kompensieren, sondern zeitlich versetzt auf den dyadischen Effekt wirken. Somit kommt es zuerst zu steigenden, dann zu sinkenden Friedensbeiträgen bzw. Grenznutzen der Demokratisierung.

Nicht nur die Intensität des dyadischen Effekts variiert. Auch der unmittelbare systemische Effekt der Demokratisierung ist von dem jeweiligen Grad globaler Demokratisierung abhängig. Der unmittelbare Effekt resultiert insbesondere aus einer Modifikation des auswärtigen Verhaltens nicht-demokratischer Staaten, welche durch die Verfestigung demokratischer Normen friedlicher Konfliktbearbeitung initiiert

wird.¹⁴ Mit fortschreitendem Grad globaler Demokratisierung nimmt jedoch die Anzahl nichtdemokratischer Staaten ab, so dass auch der Wirkungsbereich dieses Effekts mit jeder weiteren Demokratisierung reduziert wird. Wie der dyadische wird auch der unmittelbare systemische Friedensbeitrag ab einem bestimmten Grad globaler Demokratisierung mit jeder weiteren Transition reduziert.

Die Beschränkung auf Wirkungsfaktoren einer Analyseebene resultiert in einer unvollständigen Modellierung der hypothetischen Entwicklung zum ewigen Weltfrieden. Die Verbindung zwischen den dyadischen und systemischen Effekten deutet darauf hin, dass beide beschriebenen Wege zum ewigen Frieden simultan verfolgt werden. Dementsprechend lässt sich folgender Verlauf der systemischen Gewaltkurve stilisieren (der steigende und abnehmende Friedensbeitrag wird durch die Steigung der Kurve abgebildet):

Abbildung 2: Hypothetischer Verlauf des systemischen Gewaltniveaus



In einer zeitlichen Phase, in der die Gesamtheit demokratischer Staaten sich auf einige wenige junge Staaten mit schwach ausgebildeten demokratischen Institutionen beschränkt, sind systemische Wirkungen dieser Gesamtheit wenig wahrscheinlich. Entsprechend ist davon auszugehen, dass hier dyadische Effekte den entscheidenden

¹⁴ Zwar resultiert dieser unmittelbare Effekt auch aus einer Veränderung des auswärtigen Verhaltens demokratischer Staaten, doch ist davon auszugehen, dass die „Befriedung“ autokratischen Konfliktverhaltens zu einer bedeutenderen Beeinflussung des systemischen Gewaltniveaus führt.

Einfluss auf das systemische Gewaltniveau ausüben. Entsprechend der Modellierung von Gleditsch und Hegre (1997) kommt es in Folge der überproportionalen Zunahme gemischter Dyaden zunächst mit jeder weiteren Demokratisierung zu einem Anstieg des Gewaltniveaus.

In der zweiten Phase nimmt die Größe der Gesamtheit demokratischer Staaten stetig zu, wodurch diese eine befriedende Wirkung auf das Konfliktverhalten demokratischer und autokratischer Dyaden ausüben kann. Gleichzeitig steigt die Anzahl demokratischer Dyaden, welche mit zunehmender Größe der Gesamtheit demokratischer Staaten auch einen zunehmend negativen Effekt auf das systemische Gewaltniveau ausüben. Dieser steigende Friedensbeitrag der Demokratisierung ist für den anfänglich konkaven Verlauf der Kurve verantwortlich. Insgesamt kommt es in der zweiten Phase aufgrund der Kombination aus systemischen und dyadischen Effekten zu einem starken Rückgang des systemischen Gewaltniveaus.

Zu Beginn der dritten Phase hat das friedliche Konfliktverhalten demokratischer Dyaden einen maximalen Stand erreicht; eine weitere Vergrößerung der Anzahl demokratischer Staaten hat hier keinen Effekt mehr. Gleichzeitig sind die verbleibenden autokratischen Staaten aufgrund der beschriebenen systemischen Effekte relativ friedlicher als solche Autokratien, die sich in der zweiten Periode demokratisiert haben. Entsprechend sinkt nun der friedensfördernde Effekt ihrer Demokratisierung. Mit abnehmender Anzahl autokratischer Staaten sinkt auch der unmittelbare systemische Friedensbeitrag jeder weiteren Demokratisierung. Schließlich nähert sich das systemische Gewaltniveau asymptotisch einem minimalen Wert an. Da Beziehungen aller Regimetyten grundsätzlich friedlich sind, haben weitere Demokratisierungen keine Wirkung mehr auf das systemische Gewaltniveau.

5. Zusammenfassung

Jährlich sinkt der weltweite Anteil von Autokratien und Anokratien in Folge freiwilliger oder erzwungener Regimetransitionen. Der augenblicklich wissenschaftlich verbreitete "Demokratisierungsoptimismus" verhilft dazu, ersteres zu begrüßen und bedauerlicherweise auch letzteres zu begründen. Wenn durch die Demokratisierung aller verbleibenden nichtdemokratischen Staaten ein ewiger globaler Frieden realisiert werden kann, erhalten militärische "Zwangsdemokratisierungen" eine kaum anfechtbare Legitimität. Der wissenschaftliche Unterbau für solch einseitige und überhöht optimistische Perspektiven auf den Demokrisierungstrend wird durch eine Reihe weitestgehend unabhängiger Einzeluntersuchungen geliefert.

Ausgehend von der heutigen Systemzusammensetzung konstatieren dyadenbasierte Ansätze, dass eine Zunahme demokratischer Staaten auch zu einer Zunahme demokratischer Dyaden und damit zu einer Reduzierung des systemischen Gewaltniveaus führt. Mit der Transition des letzten nicht-demokratischen Staates schließlich wird die Friedenszone demokratisch verfasster Staaten auf die gesamte Welt ausgedehnt und damit ein globaler demokratischer Frieden realisiert. Zwar mag eine solche Prognose verlockend erscheinen, doch der Erklärungsgehalt der zugrunde liegenden theoretischen Annahmen ist eingeschränkt. Rein additive Vorgehensweisen und entsprechende umstandslose Übertragungen dyadischer Merkmale auf die systemische Ebene sind methodologisch problematisch. Jede Transition verändert die Gestalt des globalen Staatensystems. Diese Veränderungen können systemische Effekte entfalten, welche nicht vernachlässigt werden dürfen.

Auch systemische Ansätze konstatieren einen negativen Zusammenhang zwischen dem globalen Demokratisierungsgrad und dem systemischen Gewaltniveau. In Folge einer Vergrößerung der Gesamtheit demokratischer Staaten diffundieren demokratische Normen friedlicher Konfliktbearbeitung durch das internationale Staatensystem und avancieren mit weiterer Demokratisierung zur Handlungsmaxime aller Regimetypen. Der ewige Weltfriede wird somit nicht durch eine weltweite Homogenisierung der Regimetypen erreicht, sondern durch eine Homogenisierung ihrer Interaktionsnormen. Die bestehenden systemischen Ansätze sind jedoch mit

ähnlichen Problemen behaftet wie die dyadischen Ansätze. Neben methodologischen Schwächen bisheriger empirischer Untersuchungen bestehen diese insbesondere in einer zu engen Modellierung von Demokratisierungseffekten. Systemische Effekte sowie die Verbindung zwischen der dyadischen und der systemischen Ebene werden weitestgehend vernachlässigt, wodurch ihr Erklärungsgehalt eingeschränkt wird.

Wenngleich erste wichtige Ansätze insbesondere durch *Mitchell* und *Ray* erarbeitet wurden, sind überzeugende und umfassende Aussagen über den Zusammenhang zwischen dem Grad globaler Demokratisierung und dem systemischen Gewaltniveau bislang nur in beschränktem Rahmen möglich. Die genannten Defizite der vorgestellten Ansätze sprechen für die Entwicklung eines integrierten Erklärungsansatzes, welcher Wirkungsfaktoren der dyadischen und der systemischen Ebene sowie ihre gegenseitige Beeinflussung gleichermaßen berücksichtigt. Die skizzierten Elemente eines solchen Ansatzes deuten auf einen abnehmenden Grenznutzen von Demokratisierungen in Folge mittelbarer systemischer Effekte hin. Danach resultiert jede Demokratisierung in einer Abnahme des friedensfördernden Effekts der folgenden, bis dieser gleich null ist. Empirisch bestätigt, würde ein solcher integrierter Ansatz „demokratischen Kreuzzügen“ im Namen des globalen Friedens die erforderliche Legitimität entziehen und damit einen wichtigen Beitrag gegen den Missbrauch der Theorie des demokratischen Friedens zur öffentlichen Rechtfertigung militärischer Zwangsdemokratisierungen leisten.

Neben der umfassenden theoretischen Konzeptualisierung eines solchen integrierten Ansatzes ist hierzu zunächst die Validität des unterstellten asymptotischen Verlaufs des systemischen Gewaltniveaus gegenüber dem linear abfallenden Verlauf bestehender Erklärungsansätze empirisch zu untersuchen. Insbesondere die Bestimmung des kritischen Grades globaler Demokratisierung, ab welchem der Grenznutzen jeder weiteren Demokratisierung sinkt, ist von besonderer Bedeutung, um Rückschlüsse auf aktuelle reale Entwicklungen und Prognosen hinsichtlich der friedensfördernden Wirkung zukünftiger Demokratisierungen zu ermöglichen.

Literaturverzeichnis

Cederman, Lars-Erik 2001: Back to Kant. Reinterpreting the Democratic Peace as a Macrohistorical Learning Process, in: *The American Political Science Review* 95: 1, 15-31.

Crescenzi, Mark J. C./Enterline, Andrew J. 1999: Ripples from the Waves. A Systemic, Time-Series Analysis of Democracy, Democratization, and Interstate War, in: *Journal of Peace Research* 36: 1, 75-94.

Doyle, Michael W. 1983a: Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs, in: *Philosophy and Public Affairs* 12: 3, 202-235.

Doyle, Michael W. 1983b: Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs. Part 2, in: *Philosophy and Public Affairs* 12: 4, 323-353.

Doyle, Michael W. 1997: *Ways of War and Peace. Realism, Liberalism, and Socialism*, London.

Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Havard 1997: Peace and Democracy. Three Levels of Analysis, in: *Journal of Conflict Resolution* 41: 2, 283-310.

Huntley, Wade L. 1996: Kant's Third Image. Systemic Sources of the Liberal Peace, in: *International Studies Quarterly* 40, 45-76.

Kadera, Kelly M./Crescenzi, Mark J. C./Shannon, Meggan L. 2003: Democratic Survival, Peace, and War in the International System, in: *American Journal of Political Science* 47: 2, 234-247.

Kadera, Kelly M./Mitchell, Sara McLaughlin 2005: Heeding Ray's Advice. An Exegesis on Control Variables in Systemic Democratic Peace Research, in: *Conflict Management and Peace Science*, i.E.

Kant, Immanuel 1795: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Königsberg

Maoz, Zeev/Abdolali, Nasrin 1989: Regime Types and International Conflict, 1816-1976, in: *Journal of Conflict Resolution* 33: 1, 3-35.

Maoz, Zeev/Russett, Bruce 1993: Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946-1986, in: *The American Political Science Review* 87: 3, 624-638.

Mitchell, Sara McLaughlin 2002: A Kantian System? Democracy and Third Party Conflict Resolution, in: *American Journal of Political Science* 46: 4, 749-759.

Mitchell, Sara McLaughlin/Gates, Scott/Hegre, Havard 1999: Evolution in Democracy-War Dynamics, in: *Journal of Conflict Resolution* 43: 6, 771-792.

Mitchell, Sara McLaughlin/ Kadera, Kelly M./Crescenzi, Mark J.C. 2005: Practicing Democratic Community Norms. Third Party Conflict Management and Successful Settlements (Arbeitspapier erhältlich unter <http://www.saramitchell.org/research.html>).

Oneal, John R./Russett, Bruce 1999: The Pacific Benefits of Democracy, Interdependence, and International Organizations, in: World Politics 52: 1, 1-37.

Owen, John 1997: Liberal Peace, Liberal War. American Politics and International Security, Ithaca, NZ.

Ray, James Lee 2000: On the Level(s). Does Democracy Correlate with Peace?, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): What do we know about War?, Boston, 299-316.

Ray, James Lee 2001: Integrating Levels of Analysis in World Politics, in: Journal of Theoretical Politics 13: 4, 355-388.

Senese, Paul D. 1997: International Sources of Dispute Challenges and Reciprocation, in: Journal of Conflict Resolution 41: 3, 407-427.

Singer, Max/Wildavsky, Aaron 1993: The Real World Order. Zones of Peace/Zones of Turmoil, New Jersey.

Small, Melvin/Singer, David J. 1976: The War-Proneness of Democratic Regimes, 1816-1965, in: The Jerusalem Journal of International Relations 1: 4, 50-69.

Starr, Harvey 1992: Why Don't Democracies Fight One Another? Evaluating the Theory-Findings Feedback Loop, in: The Jerusalem Journal of International Relations 14: 4, 41-59.

TÜBINGER ARBEITSPAPIERE
ZUR INTERNATIONALEN POLITIK UND FRIEDENSFORSCHUNG

- Nr. 1 Mirek, H./Nielebock, Th./Rittberger, V.: Atomwaffenfreiheit - Instrument einer anderen Friedenspolitik, 1985; überarb. Fass. 1987. (vergriffen)
- Nr. 2 Rittberger, V./Werbik, H.: "Gemeinsame Sicherheit" im Ost-West-Konflikt? - Polyzentrisches Sicherheitssystem und friedliche Ko-Evolution in Europa, 1986. (vergriffen)
- Nr. 3 Wolf, K.D./Zürn, M.: International Regimes und Theorien der internationalen Politik, 1986. (vergriffen)
- Nr. 4 Rittberger, V.: "Peace Structures" Through International Organizations and Regimes, 1986. (vergriffen)
- Nr. 5 Rittberger, V./Wolf, K.D.: Problemfelder internationaler Beziehungen aus politologischer Sicht, 1987; überarb. Fassung 1988.
- Nr. 6 Efinger, M.: Verifikation und Rüstungskontrolle, 1987. (vergriffen)
- Nr. 7 List, M.: Internationale Beziehungen und Weltgesellschaft, 1988.
- Nr. 8 Rittberger, V./Efinger, M./Mendler, M.: Confidence- and Security-Building Measures (CSBM): An Evolving East-West Security Regime?, 1988. (vergriffen)
- Nr. 9 Zürn, M.: Geschäft und Sicherheit. Das CoCom-Regime und Theorien über Kooperation in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, 1989. (vergriffen)
- Nr. 10 Schimmelfennig, F.: Interventionistische Friedenspolitik in den West-Ost-Beziehungen. Annäherung an eine Strategie zur Förderung von Demokratisierungs- und Entmilitarisierungsprozessen in Osteuropa, 1989.
- Nr. 11 Rittberger, V./Zürn, M.: Towards Regulated Anarchy in East-West Relations - Causes and Consequences of East-West Regimes, 1989. (vergriffen)
- Nr. 12 Hummel, H.: Sayonara Rüstungsexporte - Die Beschränkung des Rüstungsexports in Japan als friedenspolitisches Modell, 1990.
- Nr. 13 Beller, E./Efinger, M./Marx, K./Mayer, P./Zürn, M.: Die Tübinger Datenbank der Konflikte in den Ost-West-Beziehungen, 1990.
- Nr. 14 Schrogl, K.-U.: Die Begrenzung konventioneller Rüstung in Europa. Ein regimeanalytisches Konfliktmodell, 1990.

- Nr. 15 Schwarzer, G.: Weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung. Konfliktanalyse eines internationalen Umweltproblems, 1990. (vergriffen)
- aktuell Arbeitsgruppe Friedensforschung (Hrsg.): Analysen zum Golf-Krieg, 1991. (vergriffen)
- Nr. 16 Efinger, M.: Rüstungssteuerung und Verifikation in der Zwischenkriegszeit, 1991.
- Nr. 17 Breitmeier, H.: Ozonschicht und Klima auf der globalen Agenda, 1992. (vergriffen)
- Nr. 18 Weller, C.: Feindbilder und ihr Zerfall. Eine Analyse des Einstellungswandels gegenüber der Sowjetunion, 1992. (vergriffen)
- Nr. 19 Billing, P./Kittel, G./Rittberger, V./Schimmelfennig, F.: State Properties and Foreign Policy. Industrialized Countries and the UNESCO Crisis, 1992.
- Nr. 20 Kittel, G.: Demokratische Außenpolitik als Voraussetzung der Friedensfähigkeit von Demokratien. Eine Untersuchung am Beispiel der "war powers" in den USA, 1993.
- Nr. 21 Schimmelfennig, F.: Arms Control and the Dissolution of the Soviet Union. Regime Robustness and International Socialization, 1993.
- Nr. 22 Rittberger, V.: Die Vereinten Nationen: Kristallisationspunkt weltstaatlicher Autorität oder Instrument hegemonialer Mächte? 1993. (vergriffen)
- Nr. 23 Schmitz, Hans Peter: Struktureller Konflikt? Die Debatte um die Neue Weltinformations- und -kommunikationsordnung. Neorealistische Hypothesen zum Nord-Süd-Verhältnis, 1994.***
- Nr. 24 Kittel, G./Rittberger, V./Schimmelfennig, F.: Between Loyalty and Exit. Explaining the Foreign Policy of Industrialized Countries in the UNESCO Crisis (1978-87), 1995.***
- Nr. 25 Hasenclever, A./Mayer, P./Rittberger, V.: Justice, Equality, and the Robustness of International Regimes. A Research Design, 1996.*** (vergriffen)
- Nr. 26 Sovereignty, International Democracy and the United Nations, 1996.***
- Nr. 27 Schimmelfennig, F.: Legitimate Rule in the European Union. The Academic Debate, 1996.***

- Nr. 28 Rittberger, V./Schimmelfennig, F.: Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Realistische Prognosen auf dem Prüfstand. Ein Tübinger Projekt, 1997.*** (vergriffen)
- Nr. 28a Rittberger, V./Schimmelfennig, F.: German Foreign Policy After Unification. A Re-Examination of Realist Prognoses. A Tübingen-Based Project, 1997.***
- Nr. 29 Hasenclever, A./Mayer, P./Rittberger, V.: Regimes as Links Between States: Three Theoretical Perspectives, 1997.***
- Nr. 30 Baumann, R./Rittberger, V./Wagner, W.: Macht und Machtpolitik: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen für die deutsche Außenpolitik, 1998.*** (vergriffen)
- Nr. 30a Baumann, R./Rittberger, V./Wagner, W.: Power and Power Politics: Neorealist Foreign Policy Theory and Expectations about German Foreign Policy since Unification, 1998.***
- Nr. 31 Hasenclever, A./Mayer, P./Rittberger, V.: Fair Burden-Sharing and the Robustness of International Regimes: The Case of Food Aid, 1998.***
- Nr. 32 Breitmeier, H./Rittberger, V.: Environmental NGOs in an Emerging Global Civil Society, 1998.***
- Nr. 33 Bienen, D./Freund, C./Rittberger, V.: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus, 1999.***
- Nr. 33a Bienen, D./Freund, C./Rittberger, V.: Societal Interests, Policy Networks and Foreign Policy: An Outline of Utilitarian-Liberal Foreign Policy Theory, 1999.***
- Nr. 34 Boekle, H./Rittberger, V./Wagner, W.: Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie, 1999.***
- Nr. 34a Boekle, H./Rittberger, V./Wagner, W.: Norms and Foreign Policy: Constructivist Foreign Policy Theory, 1999.***
- Nr. 35 Hasenclever, A./Rittberger V.: The Impact of Faith: Does Religion Make a Difference in Political Conflict?, 1999.***
- Nr. 36 Hasenclever, A./Mayer, P./Rittberger, V.: Is Distributive Justice a Necessary Condition for a High Level of Regime Robustness?, 2000.***

- Nr. 37 Rittberger, B.: Demokratie und Frieden in Europa I – Welche Verfassungsordnung für Europas „erste Gemeinschaft“?, 2001.***
- Nr. 38 Hasenclever, A.: Demokratie und Frieden in Europa II – Europa und der demokratische Frieden, 2001.***
- Nr. 39 Reiber, T.: Die Bedeutung der Art der Konfliktbearbeitung für die Befriedung von Bürgerkriegsgesellschaften am Beispiel von Angola und El Salvador, 2002.***
- Nr. 40 Mayer, P./Rittberger, V./Zelli, F.: Risse im Westen? Betrachtungen zum transatlantischen Verhältnis heute, 2003.***
- Nr. 40a Mayer, P./Rittberger, V./Zelli, F.: Cracks in the West? Reflections on the Transatlantic Relationship today, 2003.*** (nur online verfügbar)
- Nr. 41 Rittberger, V./Zelli, F.: Europa in der Weltpolitik: Juniorpartner der USA oder antihegemoniale Alternative?, 2003.***
- Nr. 42 Rittberger, V./Zelli, F.: Die Internationalisierung der Universität im Lichte ihrer Lehre, 2004.***
- Nr. 43 Rieth, L. / Zimmer, M.: Transnational Corporations and Conflict Prevention: The Impact of Norms on Private Actors, 2004.***
- Nr. 44 Binder, M.: Der Einsatz von Söldnerfirmen durch gewählte Regierungen - eine „Antinomie des Demokratischen Friedens“?, 2004.***
- Nr. 45 Senghaas, D.: Zur Eröffnung des Masterstudiengangs „Friedensforschung und Internationale Politik“. Moderne und Antimoderne angesichts kultureller Globalisierung. Plädoyer für einen zeitgemäßen, jedoch geschichtsbewussten Dialog, 2005.***
- Nr. 46 Rittberger, V.: Approaches to the Study of Foreign Policy Derived from International Relations Theories, 2005.***
- Nr. 47 De Juan, A.: Vom aggregierten und extrapolierten Weltfrieden – Plädoyer für einen integrierten Ansatz des demokratischen Friedens, 2006.***

*** online im World Wide Web abrufbar unter:

<http://www.uni-tuebingen.de/uni/spi/taplste.htm>